

W. Großes Hauptquartier, 23. Okt.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalstabschefs Kronprinz
Rupprecht von Bayern.

Die Kämpfe in der Lys-Niederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Deinze. Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Geländegewinn durch Gegenstoß westlich der Straße Deinze-Olone zum Stehen gebracht. Östlich von Mortsel wurden wir vom Westrand von Vichte auf den Ostrand zurückgedrängt. Beiderseits des Ortes sind starke feindliche Angriffe gescheitert. In erbittertem Kampfe wurde die Höhe bei Leiberg vom Schlesischen Reserve-Infanterie-Regiment 10 unter seinem Kommandeur Major Grüner gegen vierfachen Ansturm des Gegners gehalten. Teilkämpfe in der Schelde-Niederung beiderseits von Tournai und Valenciennes.

Front des deutschen Kronprinzen.

Südlich von Marne räumten wir den vorübergehend vertheidigten Brückenkopf an der Serre und Souche und nahmen unsere Linien hinter den Bach-Abschnitt zurück. An der Aisne wiesen wir heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Rantoul ab. Auf dem östlichen Aisne-Ufer beiderseits von Bouziers und östlich von Olizy haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen. Unter stärkstem Artillerieeinsatz griff der Feind am frühen Morgen zwischen Terren und Ballaise, sowie zwischen Olizy und Beaurepaire an. Auf dem Höhen westlich von Ballay konnte der Angriff etwas Boden gewinnen. An der übrigen Front ist er vor unseren Linien gescheitert. Auch am Nachmittag brach der Feind nach erneuter starker Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Das erste bayerische Infanterie-Regiment unter Führung seines Kommandeurs Major Schmidtler hat in zäher Verteidigung die Höhe östlich von Chestres gegen mehrfachen Ansturm überlegenen Gegners gehalten. Auch auf der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten von ihm abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen Argonne und Maas und zwischen Maas und Mosel rege nächtliche Feuerläufigkeit. Teilkämpfe westlich der Maas und westlich der Mosel ohne besonderes Ergebnis.

Leutnant Büchner errang seinen 40. Lustsieg.
Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Staatssekretär Erzberger über die Kriegsanleihe:
Je mehr Kriegsanleihe, desto näher der Frieden.

Hofburg

Geringe Aussichten.

W. Basel, 22. Okt. "Daily News" melden aus New-York: Die Aussichten auf einen Waffenstillstand sind gering, wenn Deutschland nicht die Voraussetzung Wilsons ohne Vorbehalt annimmt, was man nicht erwartet. Dementsprechend nötigen die Prioritäten der für die Heeresleitung arbeitenden Firmen auf fallend höher als in der Verteilung.

W. Basel, 22. Okt. Die "Times" melden aus New-York: Der Stand der Friedenshoffnungen ist wenig verändert. Dagegen sind die Erwartungen auf einen Waffenstillstand herabgemindert. Im Senatsausschuss wurde die Frage der Kriegsfoesterstatzung Amerikas erörtert. Lansing gab eine Erklärung ab, daß das Friedensprogramm des Präsidenten die Erfassung der Kriegslosen durch den Feind nicht enthalte.

Im amerikanischen Kongreß.

W. Haag, 23. Okt. Reuter meldet aus Washington: Nach Bekanntgabe der deutschen Antwortnote stellte der republikanische Abgeordnete Poindexter im Kongreß den Antrag, alle weiteren Unterhandlungen der Vereinigten Staaten mit Deutschland zu verbieten, bis die deutschen Truppen sich bedingungslos ergeben hätten. (Reuter meldet nicht, wie dieser Antrag im Kongreß ausgenommen wurde. D. Schrifl.)

Die englische Presse.

W. Haag, 23. Okt. Reuter meldet aus London: Von befugter Stelle wird folgendes über die Lage, die durch die deutsche Antwortnote hervorgerufen wird, mitgeteilt: Die deutsche Note stellt sich auf den Standpunkt, daß Wilson allein die Rücknahme der besetzten Gebiete gefordert habe, und die Deutschen geben noch von dieser Voraussetzung aus. Es ist dem jedoch nicht so. England kann absolut nicht das annehmen, was Deutschland unter der Freiheit der Meere versteht. Es gibt verschiedene maritime Fragen, die gescärt werden müssen. Andere Punkte, die noch nicht berührt worden sind, umfassen die Schadensvergütungen und die Wiederherstellungen.

Die "Times" schreibt: Deutschland habe eine Antwort gegeben, ohne zu antworten. Die Versaillierungsreform diene nur dazu, das Odium eines unglücklichen Friedens auf den bisher machlosen Reichstag abzuwälzen. Das Dokument soll voller Unaufdringlichkeit und ausgeschlagener Trennsichtigkeit. Bei Wilson würden derartige Versuche, wie sie Solf unternehme, nicht verlangen. Im übrigen betont das Blatt, daß eine Änderung der Bedingungen für den Waffenstillstand unmöglich sei. — "Daily Express" schreibt: Die deutsche Antwort zeigt wiederum, daß die deutsche Regierung versucht, einen möglichst niedrigen Preis für den Frieden zu zahlen. Das ist nur ein natürlicher und menschlicher Wunsch. Die Unterhandlungen wurden eröffnet, die Niederlage stillschweigend zugegeben, der Wunsch nach Frieden ausgesprochen und nachdrücklich wiederholt. Die Alliierten haben nun zu prüfen, ob der Wille Deutschlands zum Frieden stark genug sei, daß es den Preis zahle und die Bedingungen annehme, die die Alliierten ihm stellen, und die die Ziele sichern, für die die Alliierten vier Jahre lang gekämpft haben. Deutschland soll sich an Foch wenden.

Um den Frieden.

Eine neutrale Betrachtung.

W. Bern, 22. Okt. Zur neuen Antwort Deutschlands an Wilson schreibt der "Bund": Diese Note antwortet genau auf die Einwendungen, die der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner zweiten Antwort vorbrachte. Der dritte Punkt wird am eingehendsten behandelt. Es ist die Demokratisierung Deutschlands. Nun fragt es sich, ob nach der Aussaffung Wilsons dafür und für die Dauer des Systems genügend Gewähr vorliegt. Das darf man wohl als sicher bezeichnen, da es heute der großen Mehrheit des deutschen Volkes mit der Reform ernst ist. Der Notenwechsel über den Waffenstillstand und Friedensverhandlungen wird fortgesetzt werden, soviel ist aus Form und Inhalt der deutschen Rückäußerung zu folgern.

W. Rotterdam, 23. Okt. "Daily News" veröffentlicht einen Artikel Lord Lansdownes zur neuen deutschen Note, der die Erwartung ausspricht, Wilson möchte die Alliierten veranlassen, nunmehr die Beratungen für die Beendigung des Krieges einzunehmen.

W. Köln, 23. Okt. Von geschäfthaber Seite, die durch Privatbriefe über die Stimmung des englischen Volkes ausgezeichnet unterrichtet ist, und auch dem englischen Auswärtigen Amt nahesteh, erfährt die "Königliche Zeitung", daß die Friedensfeindschaft im englischen Volke ebenso groß, wenn nicht noch größer ist als in Deutschland. Kein vernünftiger und besonnener Mann in England denkt daran, sich für die überstandenen Revancheforderungen einzusehen. Das englische Volk will den Frieden und weiß ihn gegebenfalls auch bei der Regierung durchzusetzen. Daß das englische Volk bestimmt auf den Frieden rechnet, beweist folgende Tatsache: Zwei Deutsche aus Kiel, die vor dem Kriege bei englischen Großfirmen tätig waren, erhielten durch die Schweiz den Auftrag, sich sofort nach der Schweiz zu begeben, um gleich nach Friedensschluß ihren früheren Auftraggeber, englischen Textilfirmen, wieder zur Verfügung zu stehen. Die deutschen Kaufleute sind auch bereit nach der Schweiz abgereist. So denken also die nüchternen englischen Großkaufleute.

W. Köln, 23. Okt. Die "Königliche Volkszeitung" meldet aus Bern: Die französischen Blätter "Bataille", "Populaire" und "Humanité" scheinen zu bedauern, daß der Bielverband einen zu scharfen Ton gebraucht, welcher den Feind zu neuem Widerstand anspornen muß. Andererseits geschehen selbst Militärtatkrise wie Oberst Roussel und Fabry, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, Hindenburg könnte seine Reserven umgruppieren und eine Wendung der Kriegslage erzielen.

Der König von England redet.

W. Haag, 23. Okt. König Georg von England erhält eine interparlamentarische Kommission: 30 Engländer, 22 Franzosen, 8 Italiener und 1 Belgier. Vor dieser hielt er eine Rede. Er sagte u. a.: "Die Heere Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Vereinigten Staaten treiben gemeinschaftlich mit unserm Heer den Feind vor sich her. Seine Kraft ist gebrochen, sein Volk ruft um Frieden. Der Sieg ist uns nahe. Wir alle sind darin einig, daß der Sieg vollständig und entscheidend sein muß." Der König rührte dann den Anteil, den die Parlamente an diesem Erfolge hätten. Die Italiener beglückwünschte er, daß sie ihre Gebiete wieder gewinnen. Und zu den französischen Parlamentariern sagte er: "Und Sie, meine Herren Parlamentarier aus Frankreich, treten dem Augenblick der Zurückgabe der Provinzen, die vor 47 Jahren von Ihrem Lande losgerissen wurden, näher." Weiter sagte er, daß zwischen Italien und England immer Friede bestanden habe. Anders sei es bei Frankreich gewesen. In früheren Jahrhunderten hätte England mit Frankreichs Nation Kriege geführt. Jedoch sei in diesen Kriegen stets ein ritterlicher Geist gezeigt worden. Eine Erbitterung sei ausgeschlossen gewesen, und als der Friede kam, wäre derselbe stets in einer Stimmung gegenseitiger Achtung geschlossen worden. England hätte stets die glänzenden Talente Frankreichs bewundert. Der König drückte weiter den Wunsch aus, daß das Verhältnis zwischen Frankreich und England sich künftig immer besser gestalten möge. Die Belgier begrüßte der König mit folgenden Worten: "Ihr Land, das in der wahnfünfzigsten Weise überall und verwüstet wurde, hath furchtbar zu leiden, aber der Tag der Befreiung ist nahe." — Hierauf antworteten die Vertreter der einzelnen Nationen.

Oesterreich-Ungarn und Wilson.

Erbitterung in Oesterreich.

(3b.) Wien, 22. Okt. Neben der grenzenlosen Erbitterung, die hier über Wilsons Note formvollendet im Juchnem ist, und die in der deutsch-nationalen Versammlung ihren Ausdruck finden wird, ist das Erstaunen über die beiden letzten Reden Burians außerordentlich und die Ernüchterung von einem bevorstehenden Wechsel in der Regierung gewonnen wieder Boden. Graf Czernin wird wieder als Reiter genannt. Nachrichten aus Prag wurden hier verbreitet, daß radikalsozialistische Elemente noch ständig an Boden gewinnen und daß die unbekämpfte Macht langsam auf die bolschewistischen Elemente übergehe.

Die Note Wilsons hat in deutschen Kreisen einen sehr tießen Eindruck verursacht, der sich darin äußert, daß die Samstag und Sonntag zwischen den Führern der deutschen Parteien vereinigte Proklamation am Montag einer Umarbeitung unterzogen wurde. Im Abgeordnetenhaus verlautet, daß die Proklamation nunmehr den Ansatz Deutsch-Oesterreichs an Deutschland verlangen werde.

Aus Oesterreich-Ungarn.

W. Wien, 22. Okt. (Herrenhaus.) Das Herrenhausmitglied Herr und andere bürgerliche Geschlechter, die Herrenhausmitglieder richten an den Ministerpräsidenten eine Anfrage, in der sie ihre Solidarität mit den Bestrebungen auf Errichtung eines tschechischen Staates aussprechen und den im Manisch betretenen Weg zu ungängbar erklären. Der Präsident rügte die in der Anfrage gegen Ungarn, sowie das verbündete Deutsche Reich gerichtete Angriffe. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Graf Alamastrini gab im Namen einer Reihe engerer Parteige-

nossen eine Erklärung ab, die gegenüber der Anfrage Herr die Treue zu Oesterreich und der Dynastie betont.

Ministerpräsident Fr. v. Habsburg erklärt, die Antwort Wilsons viele keineswegs Anlaß, den angebauten Gedanken austausch als abgetroden zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Depesche Wilsons enthaltenen Momente unter Friedensaktion forschen und an die Beantwortung der Note schreiten. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz allen Schwierigkeiten die Welt in nicht allzu langer Zeit aus den unsäglichen Zeiten des Krieges herausführen wird. Der Ministerpräsident besprach hierauf das Kaiserliche Manifest, das eine logische und notwendige Ergänzung des Friedensschrittes sei. Die Regierung werde alles daran setzen, das Werk der Neuordnung zu fördern. Wenn im Manifest die Integrität der ungarischen Länder betont würde, so sei dies selbstverständlich; außerdem sollte das künftige Schicksal Bosniens und der Herzegowina außerhalb des engeren verfassungsmäßigen Rahmens, auf dem die Neuordnung der inneren Verhältnisse Oesterreichs sich aufbauen. Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit einer Revision des 67er Ausgleichs und die Aufrechterhaltung der Grundgedanken der Pragmatischen Sanction. Das künftige Verhältnis zu Ungarn werde auf Grund der paritätischen Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen gestaltet werden. Der Ministerpräsident erklärte schließlich, wenn es auch schwer falle, sich von den alten Oesterreich zu trennen, so würden wir uns mit Bewußtsein trösten, daß der Grundgedanke Oesterreichs und seine geschichtliche Sendung universitär und daß das Glück und die Zukunft seiner Völker höher zu stellen seien als die uns vertraute und ans Herz gewachsene Form.

W. Wien, 21. Okt. In der Hofburg stand gestern ein gemeinsamer Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers statt.

Die Deutsch-Oesterreicher

für einen Anschluß an Deutschland.

(3b.) Wien, 23. Okt. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung ist am Montag im alten Ständesaal des niederösterreichischen Landtags in Wien zusammengetreten und hat sich als vorläufige Konstituante des deutschen Oesterreichs eingerichtet. Die Konstituante steht erstmals unter dem Eindruck der Antwort Wilsons auf die österreichische Note, die in letzter Stunde auch noch gewisse Abänderungen der von allen Parteien abgefaßten Proklamation an das deutsche Volk geführt hat. In dieser Proklamation heißt es:

"Das deutsche Volk in Oesterreich ist entschlossen, seine zukünftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsches Oesterreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Staaten durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt sind, durch andere Nationen wird sich der österreichische Staat widerstehen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meer werden wir uns durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicher zu stellen suchen. Das deutsche Volk in Oesterreich wird eine konstituierende Nationalversammlung wählen. Diese, auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählt, wird die Verfassung des deutsch-österreichischen Staates festsetzen." Die Proklamation betont dann weiter, daß die Gesamtheit der deutschen Abgeordneten des österreichischen Nationalrates gegenwärtig die provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Oesterreich bildet. Die provvisorische Nationalversammlung beansprucht das Recht, bis zum Zusammentreffen der konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Oesterreich bei den Friedensverhandlungen zu vertreten etc. Es soll ferner eine Gesetzes- und Vollzugsgewalt eingerichtet werden; das deutsche Volk in Oesterreich soll ein demokratischer Staat, ein deutscher Volksstaat werden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den Nachbarländern und mit den Nachbarvölkern zu einem Völkerbund vereinigen will, wenn die Völker es wollen. Lehnen aber die andern Völker eine solche Gemeinschaft ab, oder wollen sie ihr nur unter bestimmten Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird der deutsch-österreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als ein Sonderbundstaat dem deutschen Volk anzuschließen. Wir verlangen, so heißt es weiter, von dem deutsch-österreichischen Staat die volle Freiheit, zwischen diesen beiden möglichen Verbindungen zu wählen. Wir wünschen, daß die gegenwärtige Versammlung, ohne sich durch die Schranken der bisher nunmehr völlig zusammengebrochenen Verfassung hindern zu lassen, ein deutsch-österreichisches Reich bildet. Diese Regierung soll im Namen des deutschen Volkes in Oesterreich vollkommen selbständige Friedensverhandlungen führen. Noch vor Bildung dieser Regierung muß der Vollzugsausschuß in unmittelbare Beziehung zu den ausländischen Regierungen und zu den slawischen Nationen treten und insbesondere in unmittelbare Verhandlungen mit dem Präsidenten Wilson über den Waffenstillstand und den Frieden eintreten.

Spanien beschlagnahmt.

Im Einverständnis mit der deutschen Regierung beschlagnahmt die spanische Regierung deutsche in spanischen Häfen liegende Schiffe.

W. Madrid, 21. Okt. Die spanische Regierung hat eine längere Note veröffentlicht, inhaltdessen sie auf den durch Unterseeboote versenkten spanischen Schiffstaum Bezug nimmt und erklärt, daß sie im Einverständnis mit der Berliner Regierung handle, wenn sie jetzt eine Revolution gegen den deutschen Schiffsraum aus den in spanischen Häfen geflüchteten Schiffen vornehme, der dem seit dem 14. August versenkten spanischen Schiffstaume entspreche. Diese Beschlagnahme beträfe, laut freundlichem Vernehmen mit Deutschland folgende Dampfer: "Ario", "Cephia", "Euphemia", "Petesch", "Rathilde", "Tirsi" und "Rudolf". Ein höherer Beamter der Kaiserlichen Deutschen Botschaft in Spanien wird bei der Übernahme zugegen sein. Die Note betont ausdrücklich, daß Spanien seine strikte Neutralität aufrechterhalten wolle.

Vokale u. Vermischte Nachrichten.

— Unsere Schuld. Wenn man vor kurzem die deutschen Zeitungen in die Hand nahm, könnte man glauben, wir leben nicht in einem Krieg gegen die halbe Welt, sondern in einem Bürgerkrieg. Wir haben unter ewiger Kritik an den wirtschaftlichen Einrichtungen unseres Willen zur Selbstbehaltung so geschwächtigt, daß der Feind einen Erfolg erringen könnte, der ihm sonst versagt geblieben wäre. Jetzt muß in jedem Deutschen die Erkenntnis der ersten Stunde geweckt werden. Der Feind ist willens, in unsere Heimat einzubrechen. Das wird ihm nie gelingen, wenn wir die durch die Wirksamkeit feindlicher Agenten zerstörten Kräfte unseres Deutschland sammeln. Noch sind wir imstande, großes Unheil zu verhindern. Handeln wir darnach und bezeugen wir auch unseren Soldaten, daß wir ihnen die verdiente Achtung nicht versagen. Da der Krieger heute nicht mehr soviel Liebesgaben wie früher erhalten kann, so muß er dafür täglich fühlen, daß seine Treue durch Treue vergolten wird.

Vortagsabend.

— Oestrich-Winkel, 24. Okt. „Das heutige Bulgarien“, so lautet der Titel des Vortrags, den Herr Dr. Schwarzkopf, Frankfurt a. M. auf Veranlassung des Kaufm. Vereins Mittel-Rheingau am Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr im „Hotel Germania“ in Geisenheim halten wird. Herr Dr. Schwarzkopf hat verschiedene Studienreisen z. T. im Auftrage der Regierung nach Bulgarien unternommen und gilt als einer der besten Balkankenner. Er wird somit auf Grund eigener Anschauung berichten und seine Ausführungen über Land, Leute, Sitten und Gewohnheiten durch eine größere Anzahl Lichtbilder erläutern. Dr. Schwarzkopf wird in seinem Vortrage auch die neueren politischen Ziele Bulgariens einer Erörterung unterziehen.

Besitzwechsel.

— Rüdesheim a. Rh., 23. Okt. Das in der Helfstraße belegene Wohnhaus und Stallung nebst sechs Morgen Ackerland und Wiesen des Herren Eduard Vogt, Bäckermeister von hier, ging durch Vermittlung des Agenten Herrn Peter Morre von hier an die Cheleute Johann Josef Trapp von hier über zum Preise von 28500 M.

Bürgermeister Travers †.

— Vorch a. Rh., 22. Okt. Nach kurzem schweren Leiden verschied am 20. Oktober dahier Herr Bürgermeister Travers im besten Mannesalter von 39 Jahren. In seiner kurzen Amtszeit von nur 5 Jahren hat es der so fröhliche Dahingeschieden verstanden, daß seiner weitgehenden Kenntnisse mit Geschick und Eifer die Verwaltung unserer Stadt korrekt und zur allgemeinen Zufriedenheit zu führen. Er ruhe in Frieden!

Diebstahl.

— Bingen, 23. Okt. Bei der hiesigen Polizei hat der Schiffer Georg Idstein aus Nierstein vom Schiff „Aigl“

zur Anzeige gebracht, daß von seinem Schiff eine ganze Menge von Rettungskleidern, Schalmenkleidern und ähnlichen wertvollen Gegenständen gestohlen worden ist. Der Aufbewahrungsräum wurde mit einem Nachschlüssel geöffnet. Der Wert der gestohlenen Gegenstände stellt sich auf zehntausend Mark. Gestohlen wurden die Sachen auf der Fahrt von Ruhrtort nach Bingen. Als Täter kommen vielleicht Holländer in Frage, die diese Gegenstände gut brauchen und auch verwerfen können.

— Bingen, 23. Okt. Am Hafen wurde in dem Bootshaus des Binger Rudervereins ein Einbruch verübt. Es wurden 30 Schränke erbrochen. Bei dieser Gelegenheit fielen den Spieghuben 30 gestrickte blaue Kniehosen, 30 weiße gestrickte Jaden, 30 Paar schwarze Strümpfe, 30 Paar Turnschuhe, ferner Handtücher usw. in die Hände. Der Schaden stellt sich auf etwa 1100 M. — In einem hiesigen Gasthof hatte ein Unbekannter Unterkunft gesucht. Er bestellte für seinen Schwager und seine Schwester ein Zimmer mit zwei Betten und verließ, nachdem er in den Zimmern geweilt hatte, das Haus mit einem größeren ledernen, gelben Reisefutter um in der Stadt einen Besuch zu machen. Da er nicht zurückkehrte, sah man nach, öffnete mit Mühe die Türen, da der Unbekannte die Schlüssel mitgenommen hatte und entdeckte, daß vier Kopftüllen, Bettüberzüge, Betttücher, Handtücher fehlten. Der Unbekannte hat sich einem hiesigen Einwohner als Lehrer Weber aus Trier vorgestellt. Er wird als ein Mann von etwa 40 Jahren, 1.70 Meter Größe, dunklen Augen, dunklem Kopfhaar und ohne Schnurrbart beschrieben.

Fliegerangriff auf Frankfurt a. M.

— B. Frankfurt a. M., 22. Okt. Gestern Abend wurde die Stadt Frankfurt alarmiert, da eindeutige Flieger gemeldet waren. Infolge Sperrens gelang es denselben nur, die Bomben in der Umgebung abzuwerfen. Um 10.30 Uhr war der Alarm beendet.

Fliegerangriffe auf süddeutsche Städte.

(d.) Karlsruhe, 22. Okt. Gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr versuchten mehrere feindliche Flieger die offenen Städte Mannheim und Ludwigshafen anzugreifen. Untere im Verein mit Scheinwerfern vorzüglich arbeitenden Flugzeuge verhinderten sie jedoch, in das Weichbild der Stadt einzudringen. Die abgeworfenen Bomben gingen sämtlich in der näheren und weiteren Umgebung nieder. Nur in einem Hause wurde geringer Sachschaden angerichtet. Neben Personenschaden wurde nichts gemeldet.

Auch die offene Stadt Kaiserslautern ist heutige Nacht von mehreren feindlichen Fliegern angegriffen worden. Die abgeworfenen Bomben verursachten Sachschaden in der Stadt. Leider wurde auch ein Mädchen getötet und eine Frau verletzt.

Herner fielen bei Hettenthal einige Bomben auf freies Gelände, ohne irgend welchen Schaden anzurichten.

— Petroleum. Der Bundesrat hat neue Höchstpreise für Petroleum angeordnet; sie betragen bei Mengen von 100 Kilogramm außerhalb 40 Mark ab Lager oder Grenze, bei Verkaufen von unter 100 Kilogramm 45 Pf. je Liter ab Laden und 50 Pf. je Liter frei Haus. Petroleum ab Strassenwagen darf nicht über

37 Pf. und aus dem Wagen frei Haus nicht über 40 Pfennig je Liter kosten. Holzfässer dürfen bis zu 16 Pf. für 100 Kilogramm berechnet und bei vereinbarten Rücklauf nicht niedriger als mit 13 Mark zurückgenommen werden.

Hochheimer Markt 1918.

Der Pferde-, Rindvieh- und Fleamarkt wird am 4. und 5. November auf dem Gelände am Weiher abgehalten. Die Veranstaltung von Lustbarkeiten wird in ganz beschränktem Umfang zugelassen.

Ein besonderer Demobilisierungsausschuß für die Entlassung der Arbeiter aus dem Heer wurde durch Zusammensetzung einer aus Beamten und Militärs zusammengesetzten Kommission im Reichswirtschaftsamt gebildet.

Bei einer event. plötzlichen Demobilisierung wird das Rheinland mit Truppen überschwemmt werden. Der Oberpräsident hat daher dafür gesorgt, daß die Heeresverwaltung in diesem Falle der Bevölkerung Vergütungsleistungen aus den Beständen der Militärmagazine gewährt.

Geheimnisse einer Geheimschlächterei.

In Dresden wurde ein Arbeiter, Paul Jaen, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, der monatelang das Fleisch krepiert Pferde, Schweine, Kühe und Kalber aus einer Abdeckerrei an der sächsisch-preußischen Grenze geschlachtet und zentnerweise nach Dresden verkauft hatte. Seine Abnehmer glaubten, das Fleisch stamme aus Geheimschlachtungen.

Eine entgangene „hohe“ Ohrfeige.

Vor etlichen Jahren geschah in Ettlingen ein drölliges Geschichtchen, das jetzt, da dessen Held, der Prinz Max von Baden, Reichskanzler geworden ist, aktuelles Interesse hat. In dem genannten Ort kam ein elegantes, rot lackiertes Auto mit einem Dragoner-Offizier, einer weißgekleideten Dame und dem Chauffeur in mäßigem Tempo zum Städle heraus, um hinein nach Karlsruhe zu fahren. In einem Fabrikorgelanten war der Laienburg gerade mit dem Sprengen der Pflanzen beschäftigt und gab dabei mit sichtlichem Vergnügen dem vorüberschreitenden Auto auch einen Guß. Sofort wurde das Fahrzeug angehalten, der Bursche nahm Reißaus, der Offizier und der Chauffeur folgten ihm und holten ihn aus seinem Versteck in einem Kaufladen hervor. Der Offizier packte den Misseläter am Kragen, der Chauffeur führte ihn hübsch an der Hand, und so gings zu Dritt zum Auto. „Hier leiste der Dame Abbitte“, sagte der Offizier, und der Bursche stammelte eine Entschuldigung. „So, nur kannst du gehen!“ sagte der Offizier. Während der Bursche dem davonfahrenden Automobil scheu nachsah, sagte ihm jemand: „Du, das war der Prinz Max und seine Frau.“ — „Oh“, erwiderte der Bursche, „der hätt' mir schon eine hinauf derse!“

Weinzeitung.

— Geisenheim a. Rh., 23. Okt. Bei der Versteigerung der Traubenernte der etwa 4½ Morgen umfassenden Weinberge der hiesigen Frühmesserei wurden insgesamt 2700 M. für den ganzen Ertrag erlößt.

Reichstag und Regierung über die Sicherheit der Kriegsanleihen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Graf von Roedern, hatte mit Parlamentsfächern des Reichstags eine Aussprache über die Kriegsanleihe. Es waren mit dem Reichstagspräsidenten Fehrenbach, vom Zentrum die Abgeordneten Gröber und Trimborn, von den Sozialdemokraten die Abgeordneten Graf von Westarp und Dietrich, von der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Wiemer und Fischbeck, von den Nationalliberalen die Abgeordneten Stresemann und Liss, von der Deutschen Fraktion die Abgeordneten Freiherr von Kamp und Schulz-Dromberg erschienen.

Der Staatssekretär des Reichsschatzamts erklärte u. a. folgendes:

„Man fragt nach der Sicherheit der Anleihen. Die Anleihen sind gesichert, formell durch das Versprechen von Regierung und Reichstag; materiell durch das, was hinter ihnen steht, die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Tressend hat man die deutsche Kriegsanleihe als eine Hypothek auf unser Volksermögen bezeichnet. Unser Volksermögen steht in der Haupfsache noch unangetastet da.“

Das deutsche Volkseinkommen bietet eine Gewähr dafür, daß auch der Zinsendienst der Kriegsanleihen gesichert ist.

Bundesrat und Reichstag sind gewillt, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden, insbesondere für Deckung der Kriegsanleihen in voller Höhe Sorge zu tragen.“

Bei allen Steuern, die noch kommen, wird der Besitzer von Kriegsanleihe nicht schlechter gestellt werden wie der, der seiner Pflicht zur Zeichnung in dieser schweren Zeit nicht nachgekommen ist. Ich trete sogar dafür ein, daß derjenige, der sein Vaterland in schwerer Zeit finanziell nicht im Stiche gelassen hat, bevorzugt werden soll.

Die Kriegsanleihe ist eine Volksanleihe im besten Sinne des Wortes geworden, sie ist bereits jetzt in den Händen von Millionen zum großen Teil wenig bemittelten deutscher Reichsangehörigen, sie bildet den Grundstock des Vermögens ungezählter Sparkassen, Genossenschaften, wohlthätiger Stiftungen, die unseren Aermsten dienen. Und weil das der Fall ist, würde ein Parlament und eine Regierung es wagen können, durch gesetzliche Maßregeln an der Sicherheit ihres Zinsentragens zu röhren.“

Die Parteiführer des Reichstages

erklärten ihre volle Übereinstimmung mit der Auffassung, daß es weiter für Reichstag und Reichsregierung erste Pflicht sein muß, den Zinsendienst der Kriegsanleihen in zugesagter Höhe mit allen Mitteln sicherzustellen, und daß der Besitzer von Kriegsanleihe bei allen steuerlichen und sonstigen Maßnahmen keine Benachteiligung, vielmehr nach Möglichkeit eine Begünstigung erfahren soll. Für die Durchführung dieses Bestrebens bürgt schon die Tatsache, daß unsere Anleihen Volksanleihen im besten Sinne des Wortes sind, die sich zum größten Teil in den Händen von Millionen wenig begüterten Volksgenossen befinden.“

Oltville, 24. Okt. Infolge der bisherigen ungünstigen Witterung wird die Vorlese bis einschließlich Samstag, den 26. d. J., ausgebucht.

+ Vorch a. Rh., 22. Okt. Bei den hier stattgefundenen Mostverkäufen wurden für die Ohm von 200 Liter Most 500—510 M. erlöst.

Kamp, 22. Okt. Hier hat die Ernte der Trauben ihr Ende erreicht. Mit dem Mengenvertrag kann man ganz zufrieden sein. Die Güte ist weniger befriedigend. Bezahlten wurden für den Zentner Trauben bis 100 Mark.

Aus Rheinhessen, 22. Okt. Der Preis des neuen Weines geht doch stark zurück. Bereits kann man in einer Reihe Weinorte das Viertelliter Wein für 80 Pf. bis 1.00 M. erhalten. Die Preise stellen sich für die 1200 Liter 1918er bei den leichten Verkäufen verschiedentlich auf 3000—4000 M. Viele Winzer legen ihren Most ein. Auch die 1917er gehen im Preis zurück.

Aus Hessen, 23. Okt. Im Groß-Ministerium hat eine Besprechung stattgefunden, bei der auch Fachleute des Weinbaus und Weinhandels zugezogen waren. Mit überwiegender Mehrheit wurde dabei die Einführung von Höchstpreisen für den Most abgelehnt, ebenso das Verbot

der Weinversteigerungen. In Erwägung soll gezogen werden nur solche Weinversteigerungen zugelassen, die auch vor dem Kriege veranstaltet wurden.

Weinsolsheim (Rheinhessen), 23. Okt. Der Weintrag in unserer Gemarkung ist sehr günstig, wurden doch auf den Morgen durchschnittlich 40 Eichen zu je 64 Liter Maische geerntet. In einzelnen Fällen wurde noch mehr eingebracht. Bei Mostgewichten von 65—82 Grad wurden für die Eiche (8 Viertel) 80—110 M. angelegt.

Bacharach, 23. Okt. In der Umgebung wurden für den Zentner Trauben in Wiedenscheid 64 M., Menighausen 70, 75 und 80 M., Neuroth 60 M. und in Manbach 70—75 M. bezahlt.

Groß-Winternheim, 22. Okt. In unserer Gemarkung nahm die allgemeine Weinlese am 21. Oktober ihren Anfang. Auch in den Gemarkungen Schwabenheim a. S. und Eishem hat sie am 21. Oktober begonnen.

Markelsheim (Württemberg), 23. Okt. Der Traubenertrag ist in unserer Gemarkung recht zufriedenstellend. Es wurden Mostgewichte von 70—79 Grad ermittelt. Viel Most ist bereits verkauft, doch ist noch kein fester Preis gebildet.

Düsseldorf hat am 7. Mai den Kaufmann Adolf Landau wegen übermäßiger Preissteigerung zu einer Geldstrafe von 100 000 Mark verurteilt. Der Angeklagte, der früher viele Jahre hindurch eine Eiergroßhandlung betrieb, stellte von 1916 bis zum August 1917 Suppenwürze her, welche er mit übermäßigem Gewinn verkaufte. Nach dem Gutachten der vornommene Sachverständigen war diese Würze durchaus minderwertig und bestand zu 93 Prozent aus Wasser und Salz. Das Gericht machte dem Angeklagten einen besonderen Vorwurf daran, daß er ungeheure Mengen guten Gemüses dem Verfehl entzogen und unwirtschaftlich verwertet hat, indem er es in schlechte Suppenwürze umwandelt und diese zu teuer verkaufte. Widrige Umstände wurden dem Angeklagten nicht zugestanden. Die Mindeststrafe hätte 61 000 Mark betragen, aber das Gericht glaubte mit Rücksicht auf die Besonderheit des Falles darüber hinausgehen zu müssen. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht jetzt verworfen.

Berantwortlich: Adam Etienne, Destrich.

Öffentliche Bekanntmachung.

Laut Eintrag in unserem Handelsregister Abt. B ist bei dem "Weingut Wildenbruch-Steinberg G. m. b. H. in Eltvilie" die Firma geändert in "Weingut Rausch, Anton Rausch, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Eltvilie". Stadtrat Woell ist als Geschäftsführer zurückgetreten. An seine Stelle ist Generaldirektor Anton Rausch in Berlin bestellt.

Eltvile, den 16. Oktober 1918.

Königliches Amtsgericht.

Trauben-Verkauf.

Am Dienstag, 29. Oktober, vormittags 11 Uhr lassen die Erben Alois Mühl, Rauenthal, den Trauben-ertrag eines Weinbergs in der Gemarkung Eltvile und eines solchen in der Gemarkung Rauenthal, auf dem Rathause in Rauenthal zum Verkaufe ausspielen.

Kaufmännischer Verein Mittel-Rheingau.

Dienstag, den 29. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im Hotel "Germania" in Geisenheim

Lichtbilder-Vortrag

des Herrn Dr. Schwarze, Frankfurt a. M.

Das heutige Bulgarien.

Eintrittskarten

sind bei den Herren Adam Etienne, Destrich und Sattlermeister Egger, Winkel erhältlich.

Der Vorstand.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Nichte

Maria Wilhelmina Lamm,

gestern mittag um 12 Uhr, nach kurzem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, in ihrem 14. Lebensjahr, zu sich abzurufen.

Um stilles Beileid bitten

Destrich, Büttelborn, Frankfurt a. M., Lippheim, Hochspeyer, Winkel u. Mittelheim, den 24. Okt. 1918.

für die trauernd Hinterbliebenen:
Joseph Lamm, 3 St. im Gelbe.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag mittag um 3 Uhr, das Seelenamt Montag früh 7 1/4 Uhr.

Danksagung.

Für alle Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer geliebten Tochter

Margarete

ganz besonders für die schönen Blumenspenden, sprechen wir unsern tiefgefühltesten Dank aus.

Major von Stosch
und Frau.

Destrich, Oktober 1918.

Crauerbriefe — Crauerkarten

liefern schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“.

Gerichtszeitung.

(§) Schlechte Suppenwürze. Das Landgericht Düsseldorf hat am 7. Mai den Kaufmann Adolf Landau wegen übermäßiger Preissteigerung zu einer Geldstrafe von 100 000 Mark verurteilt. Der Angeklagte, der früher viele Jahre hindurch eine Eiergroßhandlung betrieb, stellte von 1916 bis zum August 1917 Suppenwürze her, welche er mit übermäßigem Gewinn verkaufte. Nach dem Gutachten der vornommene Sachverständigen war diese Würze durchaus minderwertig und bestand zu 93 Prozent aus Wasser und Salz. Das Gericht machte dem Angeklagten einen besonderen Vorwurf daran, daß er ungeheure Mengen guten Gemüses dem Verfehl entzogen und unwirtschaftlich verwertet hat, indem er es in schlechte Suppenwürze umwandelt und diese zu teuer verkaufte. Widrige Umstände wurden dem Angeklagten nicht zugestanden. Die Mindeststrafe hätte 61 000 Mark betragen, aber das Gericht glaubte mit Rücksicht auf die Besonderheit des Falles darüber hinausgehen zu müssen. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht jetzt verworfen.

Berantwortlich: Adam Etienne, Destrich.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unserer lieben guten, unvergesslichen Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Frau

Barbara Anna Ruppershofen Ww.,

geb. Kiffel,

sagen wir allen denen, welche ihr die letzte Ehre erwiesen haben, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir für die zahlreichen Krans- und Blumenspenden, sowie den barmherzigen Schwestern für ihre aufopfernde Krankenpflege der teuren in dem Herrn Entschlafenen.

Destrich, den 23. Oktober 1918.

Im Namen der tieftauernden Hinterbliebenen:

Geschwister Ruppershofen.

Gin Küferkarren mit Federn, ein Liegestuhl verstellbar, neu, eine Rauhbank für Schreiner, neu, ein **wag Jagdgewehr**, sehr gut, billig zu verkaufen.
K. Berg, Eltvile,
Schwalbacherstraße 35.

6 Ochsen,

worunter mehrere ja einspanner, stehen zum Verkaufe bei

Philip Diel,
Hof Gieshübel
bei Hohenstein.

Kesselslager
und Flaschengestelle
abzugeben.

Fran Heck Ww.,
Destrich

Arbeiter u.

Arbeiterinnen

nimmt ständig an
Chemische Fabrik, Winkel.

Frauen

und Mädchen

finden lohnende Beschäftigung
in der Trocknerei

Malzfabrik Kils, Eltvile.

Gleichige

Frauen u.

Mädchen

für leichte Arbeit gesucht.

August Haenchen,
Elettrotechnische Fabrik,

Eltvile a. Rh.

Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung
in der

Sektkellerei Söhlein,
Scherstein a. Rh.

Die Verleumdung, die ich gegen Herrn Philipp Kilan aus Winkel ausgejagt habe, nehme ich sehr unwohl zurück.

Nina Vollmer

Mitteilungen

liefern Adam Etienne, Destrich

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die zahlreichen Kranspenden bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines nun in Gott ruhenden Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Großvaters und Onkels, sagen wir allen auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Namens der trauernden Angehörigen:

Frau Karl Engers und Kinder.

Mittelheim, den 23. Oktober 1918.

Moderne Lichtspiele

im

Haalbau Ruthmann

in

Destrich-Winkel.

Vorstellungen

Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags um 4 Uhr
und abends um 8 Uhr.

Die Anschlagsplakate!

Die Anschlagsplakate!